

EU-MONITORING

EU-Monitoring N° 3

März/April 2023

EUROPÄISCHE UNION

INSTITUTIONEN

Europäische Kommission | Europäischer Rat

Rat der EU | Europäisches Parlament

INSTRUMENTE

Europäisches Semester und Aufbau- und Resilienzfazilität

Europäische Strategie für Pflege und Betreuung

Kindergarantie

EUROPARAT

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte

AKTUELLE THEMEN

Ältere Menschen & Pflege | Kinder und Jugendliche

Gleichstellung der Geschlechter | Geschlechtsbezogene Gewalt

LGBTIQ*

1 Europäische Union

1.1 Institutionen

1.1.1 Europäische Kommission

- Die Kommission hat auf Anfrage des Parlaments eine Studie zum Thema [The impact of the use of social media on women and girls](#) (en) verfasst. Die im April veröffentlichte Studie unterstreicht geschlechtsbezogene Unterschiede bei der **Nutzung von sozialen Medien**. Die Autor*innen kritisieren die Normalisierung von Frauenhass und daraus entstehenden negativen Effekte für Frauen und Mädchen, etwa Depressionen, aber auch Gewalterfahrungen. Als Lösungsansätze werden die vollständige Ratifizierung und Implementierung der Istanbul-Konvention genannt, aber auch Handlungsempfehlungen für Plattformanbieter*innen und andere involvierte Akteur*innen formuliert.

Parallel dazu wurde eine Studie zum Thema [The influence of social media on the development of children and young people](#) (en) veröffentlicht. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass Kinder und Jugendliche regelmäßig mit problematischen Inhalten konfrontiert werden, etwa Cyberhass, Essstörungsinhalte, sexuelle Inhalte sowie Desinformationen – selbst, wenn sie diese nicht aktiv suchten. Dazu kommen Risiken wie ungewollter Kontakt mit Erwachsenen und Cybermobbing, die auf Grund des jungen Alters besonders schwerwiegende Folgen haben können. Lösungsansätze beziehen sich hier auf die Designs der Plattformen und Programme, die einen größeren Schwerpunkt auf Sicherheit und Schutz von Kindern und Jugendlichen legen sollten, sowie ein regulatorisches und politisches Umfeld, das dieses einfordern und sicherstellen kann.

- In der April Ausgabe der [Quarterly Review of Employment and Social Developments in Europe](#) (en) konzentrieren sich die Autor*innen auf **geschlechtsbezogene Unterschiede in den MINT-Fächern und Gesundheitsberufen** und konstatieren eine starke geschlechterspezifische Trennung. Mit Blick auf den ebenfalls bestehenden Fachkräftemangel in diesen Berufsfeldern wird die Wichtigkeit von bestehenden Initiativen der EU zur Förderung von Frauen in MINT-Berufen betont.
- Die Kommission gab im April bekannt, welche **75 Projekte junger Menschen in Europa**, die das Bewusstsein für die Klimakatastrophe stärken, im Rahmen der [Initiative EU Teens4Green](#) (de/en) gefördert werden.
- Vom 17. März bis 14. April hat die Kommission **Rückmeldungen zum Europäischen Jahr der Jugend** angenommen. Diese sind nun [hier](#) in der eingereichten Originalsprache einsehbar. Die [Stakeholder-Gruppe des BMFSFJ](#) (de) regt an, dass die Planung eine längere Vorlaufzeit gebraucht hätte und eine langfristige Begleitung von Kinder- und Jugendarbeit mitzudenken sei.

- Noch bis zum 25. Mai nimmt die Kommission **Rückmeldungen zu den Agenturen Eurofound, Cedefop, ETF und EU-OSHA** [hier](#) (de/en) entgegen. Diese werden gemäß ihren Rechtsgrundlagen in regelmäßigen Abständen bewertet, zuletzt 2018.

Rechtstaatlichkeit in Europa (April)

- Im Rahmen des EU-Monitorings berichten wir regelmäßig über das **Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn**, das die Kommission insbesondere aufgrund von Verstößen gegen die Rechte von LGBTIQ*-Personen im Juli 2021 eingeleitet hatte ([Pressemitteilung der Kommission](#), de).

Auslöser war die Verabschiedung eines Gesetzes in Ungarn, welches die „Förderung oder Darstellung“ von Homosexualität oder Geschlechtsumwandlung bei Minderjährigen verbieten soll und somit die Sexuaufklärung in Schulen einschränkt.

Im Juli 2022 wurde die Klage beim Gerichtshof als nächster Schritt im Vertragsverletzungsverfahren bekanntgegeben ([Pressemitteilung der Kommission](#), de) und Ende 2022 offiziell eingereicht.

Damit hatten die Mitgliedstaaten und Institutionen seit dem 13. Februar sechs Wochen Zeit, schriftlich Stellung zu beziehen. Dem Vertragsverletzungsverfahren der Kommission gegen Ungarn haben sich damit 15 Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, und das Europäische Parlament angeschlossen ([queer.de](#), de).

- Die Kommission beabsichtigt bis zum Sommer 2023 eine konkrete **Gesetzesinitiative zur Verteidigung der europäischen Demokratie** vorzuschlagen. Diese soll die europäischen Demokratien vor Einrichtungen schützen, die von Drittländern finanziert werden oder mit diesen in Verbindung stehen und die öffentliche Meinung und die demokratische Sphäre beeinflussen könnten. Diese Initiative soll auch freie und faire Wahlen fördern sowie die Zivilgesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement stärken. Gleichzeitig zielt die Initiative auf eine Bestandsaufnahme ab: Einige Maßnahmen wurden bereits auf EU-Ebene im Rahmen des [Aktionsplans für Demokratie in Europa](#) (de) ergriffen. Von Mitte Februar bis Mitte April lief eine [öffentlichen Sondierung zum Paket zur Verteidigung der Demokratie](#) (de), deren Rückmeldungen jetzt einsehbar sind. 2022 kündigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen diese Initiative in ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union vor dem Europäischen Parlament an.

1.1.2 Europäischer Rat

Beim letzten Treffen des Europäischen Rates am 23. und 24. März 2023 wurden [der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und wirtschaftspolitische Themen](#) besprochen.

Das nächste EU Ratstreffen steht am 29. und 30. Juni an. Vorabinformationen dazu bald [hier](#) (de/en).

1.1.3 Rat der EU

Siehe Lohntransparenz beim [⇒ Europäischen Parlament](#).

1.1.3.1 Schwedische EU-Ratspräsidentschaft (1. Januar bis 30. Juni 2023)

Schweden hat am 1. Januar 2023 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen. Über das Programm, kommende Veranstaltungen und Neuigkeiten des Vorsitzes wird auf der Webseite www.sweden2023.eu (en) informiert.

Die konkreten gesellschaftspolitischen Vorhaben der schwedischen Ratspräsidentschaft und der Trio-Präsidentschaft Frankreich–Tschechische Republik–Schweden sind in der Fokausgabe des EU-Monitorings der **Beobachtungsstelle** zur [EU-Ratspräsidentschaft](#) (de) zusammengefasst.

- Vom 20. bis 22. März fand die [EU Youth Conference](#) (en) statt.
- Am 12. April fand die [High level conference on LGBTIQ equality in the EU](#) (en) statt. Vertreter*innen der nationalen Regierungen, der Europäischen Institutionen, des Europarats und der europäischen Zivilgesellschaft tauschten sich über Erfahrungen und gute Praxisbeispiele mit der erstmaligen [Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020–2025](#)¹ (de) der [⇒ Europäischen Kommission](#) aus.

Aus diesem Anlass veröffentlichte die Kommission einen [Fortschrittsbericht](#) (en). Sven Lehmann, Queer-Beauftragter der Bundesregierung, nahm an einem der Konferenz-Panel teil ([Aktuelle Meldung des BMFSFJ](#), de).

Weitere Informationen: [Pressemitteilung](#) (en), [Konferenz-Mitschnitt](#) (en), [Fotos](#) (en).

- Am 20./21. April fand die [Conference on Institutional Protection of Fundamental Rights in times of Crises](#) ([Pressemitteilung](#), en) statt.
- Ebenfalls am 20./21. April fand ein [High-level meeting on loneliness – policy options to combat loneliness and strengthening mental health in the EU](#) (Artikel, en) statt.

Veranstaltungshinweise:

- Am 4./5. Mai findet ein [Treffen der Attachés der Ratsarbeitsgruppe „Sozialfragen“](#) (en) statt. Diese befasst sich mit der Gesetzgebungsarbeit in den Bereichen Beschäftigungs- und Sozialpolitik, unter anderem auch bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter und Fragen der Nichtdiskriminierung.
- Am 1./2. Juni findet ein [High level meeting on the rights of the child: combatting violence against children](#) (en) statt.

¹ Die LGBTIQ-Strategie wird in der [Fokausgabe des EU-Monitorings zur Union der Gleichheit](#) (de) der Beobachtungsstelle näher vorgestellt.

- Am 21./22. Juni findet das [Stockholm Symposium on Democracy and the Rule of Law \(en\)](#) statt.

1.1.3.2 Rat der Europäischen Union für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO)

Das offizielle Treffen des EPSCO-Rates fand am 13. März statt. Die Diskussion beinhaltete vor allem die [Frage der Integration ukrainischer Geflüchteter in den Mitgliedstaaten, wirtschafts- und arbeitspolitische Themen sowie gesundheitspolitische Fragen \(de/en\)](#).

Am 4./5. Mai findet ein [informelles Treffen \(en\)](#) der Arbeits- und Sozialminister*innen in Stockholm statt. Thematisch geht es unter anderem um die Frage, wie angesichts des demografischen Wandels ein angemessener und nachhaltiger Sozialschutz ermöglicht werden kann.

Das offizielle Treffen des EPSCO-Rates findet am 12./13. Juni statt. Die Tagesordnung und weitere Infos werden [hier \(de\)](#) hinterlegt.

1.1.3.3 Rat der Europäischen Union für Bildung, Jugend, Kultur und Sport (BJKS)

Das nächste offizielle Treffen des BJKS-Rates findet am 15. und 16. Mai 2023 statt. Weitere Informationen werden vorab [hier \(de\)](#) veröffentlicht.

1.1.4 Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament trat vom 13. bis 16. März zusammen: [Tagesordnung \(de/en\)](#).

- Zur Feier des Internationalen Frauentages hörte das Parlament [Ansprachen der Iranschen Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi und der italienischen Astronautin Samantha Cristoforetti \(en\)](#). Die Präsidentin des Parlaments bekräftigte in diesem Zusammenhang die Forderung des Parlaments die Istanbul Konvention schnellstmöglich zu ratifizieren.
- EU-Kommissarin für Gleichstellung Helena Dalli stellte dem Parlament den [Richtlinienentwurf über Standards für Gleichstellungsstellen im Bereich der Gleichbehandlung und Chancengleichheit von Frauen und Männern in Arbeits- und Beschäftigungsfragen \(de\)](#) vor.
- Zudem wurde die Situation [feministischer Aktivist*innen in Bezug auf reproduktive und sexuelle Gesundheit und Rechte diskutiert \(Protokoll, de/en\)](#).

Führende Abgeordnete sprachen sich in einer [Pressemitteilung \(en\)](#) vom 17. März gegen die **Verurteilung der polnischen Aktivistin für sichere Schwangerschaftsabbrüche Justyna Wydrzynska** aus, die für die Ausgabe von Abbruchspillen an eine schwangere Person acht

Monate gemeinnützige Arbeit leisten muss. Die Mitglieder des Parlaments ordneten die Maßnahme als Attacke auf die Werte der EU ein und erinnerten an die [Forderung des Parlaments \(en\)](#), das Recht auf Abtreibung in die Charta der Grundrechte der EU aufzunehmen.

Am 30. März hat das Parlament dem Kommissionsvorschlag zur **Verstärkung von Regeln zur Lohntransparenz** [zugestimmt \(de/en\)](#). Der [Richtlinienvorschlag \(de/en\)](#) sieht unter anderem vor, dass Geheimhaltungsklauseln zu Entgelten rechtswidrig sind und die Beweislast bei ungleicher Bezahlung umgekehrt wird. Das heißt, dass bei Klagen von Frauen wegen eines Lohngefälles der oder die Arbeitgeber*in zeigen muss, dass keine Ungleichbehandlung vorliegt. Der Rat der EU hat der Richtlinie zur Verbesserung der Durchsetzung von Antidiskriminierungsmaßnahmen beim Lohngefälle am 24. April [zugestimmt \(Pressemitteilung, en\)](#).

Das Parlament trat abermals vom 17. bis 19. April zusammen: [Tagesordnung \(de\)](#).

- Unter anderem wurde eine [Entschließung zur horizontalen Antidiskriminierungsrichtlinie \(en\)](#), die seit 15 Jahren im Rat blockiert wird, angenommen. Das Parlament fordert eine Durchsetzung der Richtlinie.
- Daneben sprach sich das Parlament gegen das geplante LGBTIQ-feindliche Gesetz in Uganda aus, welches Homosexualität unter Todesstrafe oder lebenslange Gefängnisstrafen setzen soll ([Presseerklärung, en](#)).

Die nächste Plenarsitzung des Parlaments findet vom 31. Mai bis 1. Juni statt: [Tagesordnung \(de\)](#).

1.1.4.1 Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM-Ausschuss)

- Am 25. April hat der FEMM-Ausschuss eine [öffentliche Anhörung zum Backlash gegen die Rechte von Frauen \(en\)](#) veranstaltet.
- Der FEMM-Ausschuss und der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) haben am 12. April den beiden Beschlüssen zum **Beitritt der Europäischen Union zur Istanbul-Konvention** [zugestimmt \(Beschluss in Bezug auf die Organe und die öffentliche Verwaltung der Union \(de\), Beschluss zur justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, Asyl und das Verbot der Zurückweisung \(de\)\)](#), die der Rat am 21. Februar vorgelegt hatte.

1.2 Instrumente

1.2.1 Europäisches Semester und Aufbau- und Resilienzfazilität²

Das Europäische Semester (en) ist der Abstimmungszyklus der EU-Mitgliedstaaten zur gemeinsamen Ausrichtung ihrer Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Fiskalpolitik an auf EU-Ebene jährlich vereinbarten Zielen und Regeln. Die Aufbau- und Resilienzfazilität (de) ist Teil des NextGenerationEU Krisenbewältigungsplans und hat zum Ziel, die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie abzufedern, die europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften nachhaltiger und widerstandsfähiger zu machen sowie besser auf die Herausforderungen und Chancen des ökologischen und digitalen Wandels vorzubereiten. Seit November 2022 ist die Aufbau- und Resilienzfazilität in das Europäische Semester integriert (de).

- Auf einer interaktiven Karte (de/en) werden die geförderten Projekte nach Ländern und Förderungsziel (darunter „politische Maßnahmen für die nächste Generation“) dargestellt.
- Zur Halbzeit des Bestehens der Fazilität hat die **Kommission** eine Feedbackrunde eröffnet. Kommentare, Lob und Kritik können für die nächsten 12 Wochen hier (de) abgegeben werden.

1.2.2 Europäische Strategie für Pflege und Betreuung

Am 7. September 2022 hat die Europäische Kommission ihre Europäische Strategie für Pflege und Betreuung (de) vorgestellt. Ziel ist es, hochwertige, bezahlbare und leicht zugängliche Pflege- und Betreuungsdienste in der gesamten Europäischen Union zu gewährleisten und sowohl die Situation der Betreuungs- und Pflegebedürftigen als auch die Situation derjenigen, die sich professionell oder informell um sie kümmern, zu verbessern.

Eine Fokus-Ausgabe des EU-Monitorings (de) der **Beobachtungsstelle** stellt beide Empfehlungen vor. Zudem werden jeweils in einer Synopse Änderungen zwischen dem Vorschlag der Kommission und der beschlossenen Empfehlung des Rates tabellarisch gegenübergestellt.

- Am 29. März veröffentlichte der **Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge** (DV) eine Stellungnahme (de) zur Strategie. Der Verein unterstützt die Vorhaben und Ziele der Stärkung von Langzeitpflege und frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung und macht auf dringend notwendige Reformen innerhalb verschiedener Bereiche, wie die finanzielle Belastung Pflegebedürftiger oder die Stärkung der Rolle der Kommunen aufmerksam.

² Hinweis: Bei diesem Thema wird im Rahmen des EU-Monitorings ausschließlich auf die gesellschaftspolitischen Aspekte fokussiert.

1.2.3 Kindergarantie

Ziel einer europaweiten Kindergarantie der Europäischen Union ist die Bekämpfung von Kinderarmut durch die Gewährleistung des Zugangs aller Kinder in Europa zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen. Die [Empfehlung zur Einführung einer Europäischen Garantie für Kinder](#) (de) wurde am 14. Juni 2021 durch die EU-Mitgliedstaaten im [EPSCO-Rat](#) angenommen. Auf der [Webseite der Europäischen Kommission zur Kindergarantie](#) (en) finden sich ausführliche Informationen zur Machbarkeitsstudie, die der Umsetzung der Kindergarantie vorausging. Zudem sind eine [Liste nationaler Koordinator*innen](#) (en) und die Nationalen Aktionspläne der EU-Mitgliedstaaten dort abrufbar. Die [Hintergrundinformation zur Kindergarantie](#) (de) der **Beobachtungsstelle** stellt die Kindergarantie ausführlich vor.

- **Zwei Jahre Kindergarantie:**
 - Am 24. März 2021 hat die **Europäische Kommission** einen [Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer Europäischen Kindergarantie](#) (de) angenommen.
 - Die Mitgliedstaaten waren nach Verabschiedung der [Empfehlung zur Einführung einer Europäischen Garantie für Kinder](#) (de) am 14. Juni 2021 angehalten, unter Einbezug von Interessenträgern eine*n nationale*n Koordinator*in für die Garantie für Kinder zu benennen und der Kommission innerhalb von neun Monaten nach Annahme der Empfehlung einen Aktionsplan für den Zeitraum bis 2030 vorzulegen, mit dem diese Empfehlung umgesetzt wird.
 - Im März 2022 hat die Europäische Kommission eine [Liste nationaler Koordinator*innen](#) (en) veröffentlicht, die mehrmals aktualisiert wurde.
 - **Nationale Aktionspläne** wurden bisher von Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Polen, Portugal, Spanien, Schweden, Tschechien und Zypern auf der [Webseite der Kommission zur Kindergarantie](#) veröffentlicht. Damit fehlen die Aktionspläne von Deutschland, Lettland, Litauen, Österreich, Rumänien, Slowakei, Slowenien und Ungarn (Stand: 24.04.2023).
 - Zudem ist in der Empfehlung vorgesehen, dass die Mitgliedstaaten **alle zwei Jahre einen Bericht an die Kommission** über die Fortschritte bei der Umsetzung dieser Empfehlung erstatten. Der erste Berichtszyklus wäre demnach März 2024. Bisher wurde jedoch kein Bericht veröffentlicht.
 - **COFACE und Eurochild** (en) haben daran erinnert, dass mehrere Länder weiterhin keine Nationalen Aktionspläne vorgelegt haben. Darüber hinaus fordern die Organisationen, dass bei der Umsetzung der nationalen Aktionspläne Kinder und Kinderrechtsorganisationen stärker einbezogen werden sollen.

2 Europarat

- Die **Parlamentarische Versammlung des Europarates** (PACE) traf sich in Den Haag, um über die **Bedeutung von diskriminierungsfreien Zugängen zu sexueller und reproduktiver Gesundheit**³ (en) zu informieren. PACE rief unter anderem dazu auf, Richtlinien und Gesetze zu implementieren, die sicherstellen, dass sich alle Menschen in ihrer Sexualität und Familienplanung frei und ohne Zwang entfalten können.

3 Aktuelle Themen

3.1 Ältere Menschen & Pflege

- Vom 3. bis 6. April fand die **13. Sitzung der Offenen Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns** (OEWG-A) der UN in New York statt. Die zwei Schwerpunktthemen der Sitzung waren das Recht auf Gesundheit und Zugang zum Gesundheitswesen sowie soziale Inklusion (**Stellungnahmen beteiligter NGOs zu den Schwerpunktthemen**, en).

Im Vorhinein hatten zivilgesellschaftliche Organisationen, unter anderem im Rahmen der **Age With Rights-Kampagne** (en) der **Global Alliance for the Rights of Older People** (GAROP), erneut eine UN-Altenrechtskonvention als internationalen Standard zum Schutz der Rechte älterer Menschen gefordert. Die Mitgliedstaaten stimmten dem **Beschluss** (en) der Einberufung einer intersessionalen Arbeitsgruppe zu, die bis zur 14. Sitzung Lücken im Schutz der Menschenrechte älterer Menschen identifizieren und Empfehlungen erarbeitet soll. **Weitere Informationen** (en) auf der Webseite der UN.

- Die **unabhängige Expertin für die Rechte Älterer des UN-Menschenrechtsrates**, Claudia Mahler, wird bei der 78. UN-Generalversammlung im September 2023 über die **Folgen von klimawandelbedingten Katastrophen auf Ältere** (en) berichten. Sie ruft dazu auf, Beiträge (en, fr, es) bis zum 1. Mai bei der UN (hrc-ie-olderpersons@un.org) einzureichen. Inputs zur Aufnahme in den Beitrag der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) können an Komla Digoh (digoh@bagso.de) geschickt werden.
- Die **AGE-Plattform Europe** hat im April gemeinsam mit **ILGA-Europe** den Bericht **Intersections – Diving into the FRA LGBTI2 Survey Data – Older People** (en) veröffentlicht. Auf Grundlage der Daten aus der LGBTI II Umfrage der Europäischen Grundrechteagentur (FRA) analysiert der Bericht die sich überschneidenden Formen der Diskriminierung, denen ältere LGBTI-Personen ausgesetzt sind.

³ Der Europarat schützt seine Links. Sollte die direkte Verlinkung nicht funktionieren, kopieren Sie den folgenden Link direkt in Ihren Browser: <https://pace.coe.int/en/news/8996/improving-access-to-sexual-and-reproductive-healthcare-through-innovative-approaches>

- **Veranstaltungshinweise:**
 - Die Abschlusskonferenz des von der EU geförderten Projekts **Giving Care – Empowering Caregivers** findet am 5. Mai in Brüssel und online statt. Mehr Informationen gibt es [hier](#) (en).
 - Am 24. Mai organisiert das **Transformation Care Network** als Teil einer Reihe die Vorstellung des Buches [Reablement in Long-Term Care for Older People – International Perspectives and Future Directions](#) (en). Eine Anmeldung für die Online-Veranstaltung ist [hier](#) (en) möglich.
 - Das **European Social Services Network** veranstaltet vom 14. bis 16. Juni in Malmö eine Konferenz zum Thema „Advancing Social Services – The role of technology in promoting autonomy and inclusion“. Das Programm findet sich [hier](#) (en).

3.2 Kinder und Jugendliche

- Der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss** hat am 22. März [eine Stellungnahme zur Rolle junger Menschen im ökologischen Wandel](#) (de/en) verfasst, in der unter anderem eine bessere Repräsentation von Kindern und Jugendlichen in zentralen Entscheidungsgremien gefordert wird.
- **Veranstaltungshinweise:**
 - Am 16. Mai veranstaltet **COFACE** anlässlich des Internationalen Tages der Familie ein Webinar zum Thema „High Quality ECEC: The importance of Child-Staff ratios for children’s well-being and families’ engagement“. Registration und mehr Informationen [hier](#) (en).
 - Am 9. und 10. Juni wird das **European Youth Event 2023** in Straßburg und online stattfinden. Das Programm findet sich [hier](#) (de).

3.3 Gleichstellung der Geschlechter

- Vom 6. bis 17. März fand in New York die **67. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission** (de) statt.⁴ Ihr diesjähriges Schwerpunktthema war „Innovation, technologischer Wandel und digitale Bildung für Geschlechtergleichstellung“. Die Ergebnisse der

⁴ Die Frauenrechtskommission (FRK) ist das zentrale Organ der Vereinten Nationen im Bereich der Gleichstellung von Frauen und Männern. Sie wurde am 21. Juni 1946 als funktionale Kommission des UN-Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) eingerichtet. Die FRK hat 45 Mitglieder, die durch den ECOSOC nach regionalen Gesichtspunkten für vier Jahre gewählt werden. Seit April 2019 ist Deutschland wieder Mitglied der Frauenrechtskommission. Zuvor war Deutschland von 1997 bis 2017 ununterbrochen Mitglied.

67. Sitzung wurden in Form von vereinbarten [Schlussfolgerungen](#) (en) veröffentlicht, die von allen Mitgliedstaaten ausgehandelt wurden.

- Das **European Trade Union Institute** (ETUI) and **European Social Observatory** (OSE) haben ihren [23. Jahresbericht zur Sozialpolitik in der Europäischen Union](#) (en) veröffentlicht.

Kapitel 5 [The EU Gender Equality Strategy 2020-2025: the beginning of a new season?](#) (en) beschäftigt sich mit der gleichstellungspolitischen Bilanz zur Halbzeit der Gleichstellungsstrategie. Die Autorin konstatiert wichtige Fortschritte, was den Kampf gegen geschlechtsbezogene Gewalt und die Repräsentation von Frauen in leitenden Gremien betrifft. Institutionelle und strukturelle Herausforderungen, etwa die Initiativen der polnischen und ungarischen Regierungen oder die Coronavirus-Pandemie, hätten aber an anderer Stelle ein Zurückbleiben hinter der Ambition der Kommissionspräsidentin bewirkt.

- Das Instrumentarium für einen geschlechtergerechten Haushalt der **European Women's Lobby** wurde nun in acht Sprachen, darunter Deutsch, übersetzt und ist [hier](#) (de/en) abrufbar.
- **Transgender Europe** hat am 31. März die Studie [Landscape Analysis: What we know on anti-gender movement measures and actors targeting trans people across Europe and Central Asia](#) veröffentlicht. Diese gibt einen Überblick über verfügbare Literatur, Ressourcen und Informationen, die Akteure und Taktiken der Anti-Gender-Bewegung auf trans* Personen dokumentieren.
- **Veranstaltungshinweis**: Am 25./26. Mai findet in Helsinki/Finnland die Abschlusskonferenz [European Politics, Equality and Democracy](#) des Projekts [Gender, party politics and democracy in Europe: A study of European Parliament's party groups](#) (EUGenDem, en) statt.

3.4 Geschlechtsbezogene Gewalt

- Die **Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** (OECD) hat im März zwei Kurzdossiers zum Bericht [Supporting Lives Free from Intimate Partner Violence. Towards Better Integration of Services for Victims/Survivors](#)⁵ (en) veröffentlicht:

⁵ Sollte die direkte Verlinkung nicht funktionieren, kopieren Sie den folgenden Link direkt in Ihren Browser: <https://www.oecd.org/social/supporting-lives-free-from-intimate-partner-violence-d61633e7-en.htm>

- Das Dossier [When Home is not a Safe Haven](#)⁶ (en) beschäftigt sich mit der möglichen Rolle von staatlichen Wohnungsdiensten für Betroffene von geschlechtsbezogener Gewalt.
- Das Dossier [Integrating Services to Address Intimate Partner Violence](#)⁷ (en) gibt einen Überblick zu integrierten Dienstleistungen zur Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt in den OECD-Ländern.

3.5 LGBTIQ*⁸

- Der **Europäische Gerichtshof für Menschenrechte** (EGMR) hat am 4. April seine Entscheidungen zu zwei Fällen von trans* Elternschaft aus Deutschland veröffentlicht. In beiden Fällen beanstandeten die Beschwerdeführer*innen, dass die Geburtsurkunde ihres Kindes ihre anerkannte Geschlechtsidentität nicht zeige. Das Gericht betonte in seiner Entscheidung, dass keine Menschenrechtsverletzung festgestellt werden könne. Dem Urteil zufolge liegt ein falscher Eintrag in den Geburtsurkunden im Ermessen des deutschen Staates. **Weitere Information:** OH gegen Deutschland: Urteil ([fr/en](#)), Pressemitteilung ([en](#)); AH gegen Deutschland: Urteil ([en](#)), Pressemitteilung ([en](#))

Der **Bundesverband Trans*** und **Transgender Europe** veröffentlichten ein gemeinsames [Statement](#) (en) zu den Urteilen.

Die **Beobachtungsstelle** hat sich 2022 in einem umfangreichen Arbeitspapier mit der [Gleichstellung von Regenbogenfamilie in Deutschland und Europa](#) (de/en) auseinandergesetzt. Ein Kapitel beschäftigt sich dabei dezidiert mit den Problemlagen und Handlungserfordernissen von trans* Eltern: Ihre fehlende rechtliche Anerkennung bei einem rechtlichen Geschlechtswechsel führen zur Offenbarung des trans* Seins der Eltern oder des Elternteils und haben damit unmittelbare Auswirkungen auf das Familienleben in Bezug auf den fast alltäglichen Nachweis des Eltern-Kind-Verhältnisses.

Die **Bundesregierung** plant eine **Ablösung des Transsexuellengesetzes durch ein Selbstbestimmungsgesetz** ([BMFSFJ-Hintergrundinformation](#), de). Darin sollen unter anderem Änderungen des Geschlechtseintrags im Personenstand grundsätzlich per

⁶ Sollte die direkte Verlinkung nicht funktionieren, kopieren Sie den folgenden Link direkt in Ihren Browser: <https://www.oecd.org/social/When-home-is-not-a-safe-haven-2023.pdf>.

⁷ Sollte die direkte Verlinkung nicht funktionieren, kopieren Sie den folgenden Link direkt in Ihren Browser: <https://www.oecd.org/social/Integrating-services-to-address-intimate-partner-violence-2023.pdf>.

⁸ LGBTIQ* ist eine Abkürzung für die Begriffe lesbisch, schwul (im Englischen „gay“), bisexuell, trans*, inter* und queer und damit eine Abkürzung für sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten. Sollten in den Beiträgen die Schreibweise von LGBTIQ* abweichen, dann wurde diese abweichende Schreibweise vom Ursprungstext übernommen und kontextabhängig verwendet.

Selbstauskunft sowie ein erweitertes und sanktionsbewehrtes Offenbarungsverbot geregelt werden. Darüber hinaus soll das **Abstammungsrecht** reformiert werden und unter anderem auch regeln, mit welcher Bezeichnung Eltern nach einer Änderung des Geschlechtseintrags in die Geburtsurkunde ihrer Kinder eingetragen werden. Für die Zeit bis zum Inkrafttreten der Änderungen will die Bundesregierung eine Interimslösung vorlegen ([Aktionsplan Queer Leben der Bundesregierung](#), de).

- Im März veröffentlichte die **Eurocentralasian Lesbian*Community** (EL*C) den Bericht [Making the Invisible Visible: an analysis of older lesbians lived experiences](#) (en). Darin wird die Lebensrealität älterer lesbischer Frauen* als auch die Situation von Lesbenorganisationen in der Europäischen Union in den Fokus genommen.
- **Global Action for Trans Community** (GATE) weist in einer [Pressemitteilung](#) (en) darauf hin, dass zum ersten Mal in der Geschichte der UN 28 Staaten dazu aufrufen, Gesetze und Richtlinien zu implementieren, die eine rechtliche Anerkennung des eigenen Geschlechts auf Grundlage von Selbstbestimmung ermöglichen.
- **ILGA World** startete ihre [Online-Datenbank](#) (en). Informationen zu sechs Themenbereichen von 193 UN Mitgliedstaaten und 47 Nicht-Mitgliedern sind dort abruf- und vergleichbar. Zu den Themenbereichen zählen unter anderem Gesetzgebungen und Vorhaben von Interessenvertretungen.
- Zur Halbzeit der EU LGBTIQ-Equality Strategie 2020-2025 evaluiert **ILGA Europe** in einem [Briefing](#) (en) den aktuellen Stand und macht auf nötige Anpassungen und Missstände aufmerksam.

Die **Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa** ist ein Projekt des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., welches aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird. Sie widmet sich in ihrer Arbeit der europäisch-vergleichenden Analyse gesellschaftspolitischer Entwicklungen. Ziel des Projektes ist es, den europaweiten Austausch zu fördern.

Die Publikation gibt nicht die Auffassung der Bundesregierung wieder. Die Verantwortung für den Inhalt obliegt den Autorinnen Katrin Lange, Sarah Molter, Julia Lux, Friederike Sprang und Jasmin Ribler.

Wenn Sie das monatliche EU-Monitoring per E-Mail erhalten möchten, schreiben Sie uns unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Organisation an: beobachtungsstelle@iss-fm.de